

GESPRÄCH DES CSU-VORSITZENDEN F.J.STRAUSS MIT DER CHINESISCHEN "VOLKSZEITUNG"

Yu-hsi Nieh

Auf Seite 6 der chinesischen Volkszeitung (JMJP) vom 3. August steht ein Sonderbericht des Korrespondenten der Zeitung sowie der chinesischen Presseagentur "Hsinhua" (NCNA) über ihr Gespräch mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß unter dem Titel "Aus den Münchner Vorkommnissen zieht man seine Lehren". Wichtige Punkte des Gespräches waren Probleme der Bedrohung durch die Sowjetunion infolge ihrer neuen Rüstungsexpansion sowie die Vereinigung Westeuropas. Mit dem Hinweis auf das historische Beispiel des Münchner Abkommens wird die Welt in dem Gespräch vor Illusionen hinsichtlich der neuen Entspannung zwischen Ost und West gewarnt. Das Interview hatte bereits Ende Juni stattgefunden, wurde aber erst zwei Tage nach dem Jahrestag der Unterzeichnung der Deklaration von Helsinki (1.8.75) veröffentlicht. Offenbar wollte die Zeitung mit der Wahl dieses Termins ebenfalls eine Parallele zwischen München und Helsinki ziehen.

Das Interview mit Strauß und vor allem der Vergleich der Helsinki-Vereinbarung von 1975 mit dem Münchner Abkommen von 1938 ist in Moskau auf heftige Reaktionen gestoßen. In einer Sendung von Radio Moskau in deutscher Sprache am 9.8. hieß es: "Es handelte sich (bei dem Münchner Abkommen) um eine gewaltsame Abänderung der damaligen Grenzen in Europa, mit Hilfe infamer Druckausübung und Gewaltandrohung. Die in Helsinki erzielten Vereinbarungen verfolgen aber bekanntlich diametral entgegengesetzte Zwecke; ihr Ausgangspunkt ist ja das Prinzip der Unverletzbarkeit der bestehenden europäischen Grenzen". Dabei läßt sich aber nicht leugnen, daß die heute bestehenden Grenzen zwischen Ost- und Westeuropa keinesfalls friedlich zu nennen sind. Ein Unterschied zwischen München und Helsinki liegt lediglich darin, daß durch München eine ungerechte Grenze geschaffen wurde, während in Helsinki die ungerechten Grenzen in Europa zwar nicht festgelegt, wohl aber konsolidiert wurden.

Die NCNA hat das Gespräch mit Strauß in ihrem "Daily Bulletin" vom 4. August nur auszugsweise ins Englische übertragen. Die folgende Übersetzung wurde nach dem vollständigen chinesischen Text in der "Volkszeitung" angefertigt.

An einem heißen Nachmittag Ende Juni kamen wir ins Gebäude des Bundestages am Rheinufer in Bonn, um den Vorsitzenden der westdeutschen Christlich-Sozialen Union, Herrn Strauß, zu besuchen.

Herr Strauß empfing uns in seinem Arbeitszimmer im Bundestag in warmherziger Weise. Kaum hatten wir, die Journalisten, uns gesetzt, als Herr Strauß auch schon freimütig das Gespräch begann. Er sagte uns: "Ich freue mich außerordentlich, hier chinesische Freunde zu empfangen. Dies ist keine Höflichkeitsfloskel". Dann rief er seine zweimaligen Chinabesuche ins Gedächtnis zurück. Er zählte uns die chinesischen Ortsnamen einen nach dem anderen auf und sagte, er und seine Gattin hätten Peking, Shenyang, Nanking, Shanghai besucht. Er erzählte: "Wir wurden in Ihrem Land sehr gut behandelt und haben dort interessante Tage verbracht".

An jenem Tag fand im Parlament gerade eine heftige Debatte statt. Vormittags hatte Herr Strauß in der Debatte eine Rede gehalten. Das Thema unseres Gespräches knüpfte selbstverständlich an seine Rede an. Er sagte: "In meiner Rede kam ich auf die Frage, ob man mit dem Osten Handel treiben solle und, falls ja, wie dieser durchzuführen sei. Ich habe den folgenden Punkt

angemerkt: Ob die westlichen Industriestaaten den Warschauer Pakt-Ländern bei ihrer Rüstungsstärkung mit Kredit geholfen haben, ist eine Frage, über die die Leute im Westen nachdenken sollten". Er führte eine Summe an: Die RGW-Staaten schulden dem Westen 75 Mrd. Mark, d.h. 30 Mrd. US-Dollar. Er betonte: "Diese vom Westen gewährten Kredite haben den Ländern des Warschauer Paktes dazu verholfen, daß sie von ihrem Bruttosozialprodukt mehr Geld für die Stärkung und Entwicklung der Rüstung verwenden können". In Wirklichkeit ist das aber noch nicht alles an der Sache. Die westlichen Finanzkredite haben auch zur sowjetischen Expansion im Ausland beigetragen. Herr Strauß fuhr fort: "Somit hat man tatsächlich der Sowjetunion geholfen, die Waffen zu bezahlen, die sie einer Reihe von Ländern geliefert hat. Das allen am bekannteste Beispiel ist ja Angola". Der Handel zwischen den Staaten solle sich zwar entwickeln, aber die westlichen Staaten dürften nicht "bei der Gewährung von Krediten (an die Sowjetunion) miteinander wetteifern".

Die Entwicklung der Lage in Europa seit der "Europäischen Sicherheitskonferenz" (KSZE) ist eine Frage, die die Leute im Westen zur Zeit besonders beschäftigt. Immer mehr Menschen durchschauen die sowjetische Intrige von der "Entspannung"

und erkennen klar die Bedrohung durch die Rüstungsexpansion und die Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion. Wir baten Herrn Strauß, dazu seine Meinung zu äußern. Er antwortete: "Die KSZE hat die Situation in Europa auch nicht geändert. Die Hoffnungen des Westens auf mehr Informationen, Meinungsaustausch und Personenverkehr haben sich nicht erfüllt." Er betonte, daß es unter den jetzigen Umständen keine rein europäische Sicherheit mehr geben könne. Man müsse die Frage der Sicherheit unter globalen Gesichtspunkten betrachten. Er sagte: "Das Anstoßen auf die europäische Sicherheit mit Gläsern kann die Tatsache nicht verdecken, daß die Sowjetunion große Mengen an Menschen und Material in ein wichtiges Land in Afrika geschickt hat, was zu einem grausamen Krieg führte".

Mit Zuversicht setzte Herr Strauß seine Äußerungen über die europäische Frage fort. Er sagte: "Wir Europäer wollen in einer friedlichen Umwelt leben; wir Deutschen hoffen, in einer friedlichen Umgebung die Wiedervereinigung zu erreichen. Aber man darf niemals die Tatsache außerachtlassen, daß die massive Rüstungsexpansion und die Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion bei weitem ihre Verteidigungsbedürfnisse übersteigen". Er fügte hinzu: "Die Russen sind von niemandem bedroht. Ihre Rüstungsexpansion ist in erster Linie gegen den Westen, Westeuropa, gegen die atlantische Region gerichtet; sie richtet sich aber auch gegen den Bereich des Indischen Ozeans und gegen die Küstenländer Afrikas. Gleichzeitig wächst die technische Ausrüstung und die Qualität der sowjetischen Rüstung Jahr für Jahr. Sie besitzen in allen Bereichen der drei Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft offensive Elemente". Dazu verwies Herr Strauß ferner auf drei Ziele der Sowjetunion bei ihrer intensiven Rüstungsexpansion: erstens Bindung derjenigen Verbündeten, die zur Rebellion neigen, durch militärische Disziplin und Druck der in diesen Ländern stationierten sowjetischen Truppen; zweitens Ausübung politischen und psychologischen Einflusses auf diejenigen im Westen, die den Frieden wollen und Schaffung eines Pressionsnetzes mittels einer einsatzbereit stehenden Armee; drittens - wenn sich die Notwendigkeit ergeben sollte - sofortiger Angriff der Sowjetarmee unter dem Befehl der politischen Führung.

In dem Gespräch wies er ersthaft darauf hin: "Es gibt heute in Europa einige Leute, die sich über die "Entspannung" Illusionen hingeben". Zu diesem Punkt haben wir bereits von zahlreichen westeuropäischen Politikern die gleiche Warnung gehört. Man nimmt die Ereignisse von München vor dem Zweiten Weltkrieg als Beispiel, um die Gefahr von Illusionen über die "Entspannung" zu zeigen. Herr Strauß hat selbst ununterbrochen die Lektion von München zitiert, um "die allgemeine Aufmerksamkeit zu erregen". Heute brachte er uns gegenüber diesen Punkt erneut zur Sprache. Er sagte: "Man kann nicht erwarten, daß sich die Affäre in der Geschichte mit mathematischer Präzision wiederholt. Die Menschen sollen sich aber bemühen, aus der Geschichte entsprechende Lehren zu ziehen. Ich meinerseits habe so eine Lektion erlebt: Das Münchner Abkommen wurde seinerzeit als Sieg der Vernunft und des Friedens in Europa bejubelt, und jeder, der damals warnte, wurde als Kriegshetzer angesehen". Darauf sagte Herr Strauß langsam: "Ich möchte mich selbst nicht überbewerten. Aber jetzt bezichtigen die sowjetischen Propagandamaschinen mich wegen meiner Zweifel an der "Entspannung" als Feind der "Entspannung" und "Feind des Friedens". Die Worte von Herrn Strauß lassen uns an die Äußerung eines

anderen westdeutschen Freundes denken. Dieser hatte gesagt: "Das ist eine typische Methode der Sowjetunion und gleicht einem Dieb, der sich in der Menschenmenge tarnt und ruft, daß man den Dieb halten solle. Alle Leute, die gegen die trügerische Entspannung sind, werden von ihr summarisch als "Feind des Friedens" gebrandmarkt. Wer die Wiedervereinigung Deutschlands verlangt, wird von ihr als "Revanchist" beschuldigt. Soll das etwa bedeuten, daß die wahre Bedrohung für den Frieden nicht von der Sowjetunion ausgeht, die mit Panzern in die Tschechoslowakei einmarschierte, mit Söldnertruppen den Bürgerkrieg in Angola anstiftete und mit ihren Flugzeugen und Kriegsschiffen vor der Haustür anderer Staaten in der Nordsee, im Mittelmeer und im Indischen Ozean ihre Macht demonstriert, sondern von den Leuten, die die trügerische Entspannung der Sowjetunion enthüllen? Danach kam Herr Strauß auf die gegenwärtige Lage zurück und sagte: "Bezüglich der Frage der 'Entspannung' haben die Leute nun in den USA und Europa bereits angefangen, allmählich nüchterner zu werden."

Welche wichtige Aufgabe fällt nun angesichts der ernststen sowjetischen Bedrohung und der gegenwärtigen internationalen Situation Europa zu? Herr Strauß ist der Ansicht, daß eine der Aufgaben die Vereinigung Westeuropas ist. Er betonte besonders: "Europa ist für die Erhaltung des Weltfriedens unentbehrlich, aber es muß ein vereinigtes und kein geteiltes Europa sein. Er meinte, daß die westeuropäische Vereinigung nicht nur als "wirtschaftliche Wohlstandsgemeinschaft", sondern auch als "historischer Faktor für die Wahrung und Stabilisierung des Friedens" behandelt werden solle. Er wies darauf hin, daß er und andere Politiker in allen westeuropäischen Staaten sich gemeinsam bemühen, unaufhörlich zur westeuropäischen Vereinigung beizutragen.

Die Zeit der freundlichen Begegnung hatte bereits lange gedauert, aber das Interesse von Herrn Strauß an dem Gespräch ließ kaum nach. Beim Abschied sprach Herr Strauß den Wunsch aus, daß sich die Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China Jahr um Jahr verstärken mögen.